



## N i e d e r s c h r i f t

über die 4. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 23.03.2010

---

Sitzungsraum: Ratssaal  
Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 23:30 Uhr

Anwesend:

### **Bürgermeister**

Herr Daniel Zimmermann

### **Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Günter Bosbach  
Herr Tim Brühland  
Herr Karl-Heinz Göbel  
Herr Heinz-Jürgen Goldmann  
Herr Markus Gronauer  
Frau Gabriele Hackel  
Herr Robert Helpenstell  
Herr Karl König  
Herr Bruno Kosmala  
Herr Reinhard Ockel  
Herr Harald Schlee  
Herr Peter Werner

### **Mitglieder der Fraktion Peto**

Herr Florian Große-Allermann  
Frau Stefanie Isensee  
Herr Karsten Köchling  
Frau Jana Lang  
Frau Janne Oberdieck  
Frau Svenja Oberdieck  
Frau Lisa Riedel  
Herr Max Riedel  
Herr Lucas Risse  
Herr Jens Timmermann ab 18:40 Uhr  
Herr Sven Timmermann  
Frau Sabine Weber

### **Mitglieder der SPD-Fraktion**

Herr Alaattin Bayrak  
Herr Jens Geyer  
Herr Werner Goller  
Herr Thomas Heinen  
Frau Wally Hengsberger

Herr Helmut Nieswand  
Frau Ursula Schlößer  
Herr Alexander Schumacher

**Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Manfred Poell  
Frau Andrea Stamm

**Mitglieder der FDP-Fraktion**

Herr Ulrich Anhut  
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

**MfM**

Frau Lilo Friedrich

**Linke**

Herr Benjamin Daniel Kenzler

**von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel  
Frau Annette Berg  
Herr Martin Frömmer  
Frau Gisela Herforth  
Herr Max Herrmann  
Herr Kurt Hundenborn  
Herr Guido Krämer  
Herr Edgar Lenz  
Herr Roland Liebermann  
Herr Georg Mittmann  
Herr Gerhard Mühler  
Herr Georg Thomanek  
Herr Uwe Trost  
Frau Marion Warden  
Herr Thomas Waters

**Schriftführerin**

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

**Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Dr. Norbert Stapper

**Mitglieder der FDP-Fraktion**

Frau Dr. Doris Schröder-Weber

## TAGESORDNUNG

### I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Einführung und Verpflichtung des in den Rat nachgerückten Ratsherren Ulrich Anhut VIII/0220
3. Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung vom 21.08.2009 - öffentlicher Teil -
  - 3.1. Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung vom 10.09.2009 - öffentlicher Teil -
  - 3.2. Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung vom 27.10.2009 - öffentlicher Teil -
  - 3.3. Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung vom 03.12.2009 - öffentlicher Teil -
  - 3.4. Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung vom 28.01.2010 - öffentlicher Teil -
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
5. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen VIII/0191
6. Beschluss über die Gültigkeit der Wahl der direkt in den Integrationsausschuss der Stadt Monheim am Rhein zu wählenden Mitglieder vom 7. Februar 2010 gemäß § 40 des Kommunalwahlgesetzes (KWahlG) in Verbindung mit § 66 der Kommunalwahlordnung (KWahlO) VIII/0203
7. Bildung des Integrationsausschusses  
Wahl der Ratsmitglieder gem. § 27 Abs. 1 Satz 9  
Gemeindeordnung NRW (GO NRW) VIII/0200
8. Public-Private-Partnership  
Wiederbestellung des Vertragsbeauftragten  
("Quasigeschäftsführer") VIII/0190
9. Satzung zur 1. Änderung der "Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008" VIII/0058
10. Neufassung der Entgeltordnung der Musikschule der Stadt Monheim am Rhein VIII/0182

11.	Änderung des § 6 der Entgeltordnung der Aula Berliner Ring, des Schelmenturms, der Räume der VHS und des Sojus 7	VIII/0225
12.	Kindergartenbedarfsplanung und U3-Ausbauschnitte für das Kindergartenjahr 2010/11	VIII/0152
13.	2. Änderung der Entgeltordnung über die Teilnahme am offenen Ganztage; 1. Änderungssatzung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege	VIII/0209
14.	Einrichtung weiterer OGATA-Gruppen für das Schuljahr 2010/2011	VIII/0192
15.	Einrichtung von Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung im Kreis Mettmann	VIII/0186/1
16.	Einführung des Gemeinsamen Unterrichts an der Hermann-Gmeiner-Schule zum Schuljahr 2010/11	VIII/0178
17.	Benennung der städtischen Vertreter für das Projekt "Ulla-Hahn-Haus"	VIII/0238
18.	Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtteil Monheim an drei Sonntagen	VIII/0236
19.	Widmung des Parkplatzes an der Alfred-Nobel-Straße	VIII/0104
20.	Sportstättenkonzeption 2010	VIII/0187
21.	Hebesatzsatzung für die Grund- und Gewerbesteuer im Haushaltsjahr 2010	VIII/0210
22.	Fortschreibung des Sollstellenplans	VIII/0204/1
23.	Stellenplan 2010	VIII/0180/1
24.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010	VIII/0215/1
25.	Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.	VIII/0216
26.	Nachwahlen für Ausschüsse und Gremien	VIII/0222
27.	Antrag der CDU-Fraktion bzgl. der Einführung einer Ehrenamtskarte und einer Familienkarte und Antrag der PETO-Fraktion: Vergünstigungen für Inhaber JuLeiCa	VIII/0217

28. Antrag der CDU-Fraktion zukünftig bei Ausschreibungen und Beschaffungen nur Produkte und Dienstleistungen zu berücksichtigen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden VIII/0219
29. Antrag der PETO-Fraktion zum Erhalt des kommunalen Kinos VIII/0223
30. Mündliche Mitteilungen
31. Mündliche Anfragen

## **SITZUNGSERGEBNIS:**

### **In öffentlicher Sitzung**

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister begrüßt die Anwesenden und bittet um Zustimmung der Ratsmitglieder, dass die bekannten Dokumentarfilmerinnen und ein Hörfunkreporter des WDR-Hörfunks an der Sitzung teilnehmen und Aufzeichnungen vornehmend dürfen. Einwände dagegen erheben sich nicht.

Danach stellt er die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest und weist darauf hin, dass die Ratsmitglieder Frau Dr. Doris Schröder-Weber - (FDP-Fraktion), Herr Dr. Norbert Stapper (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) entschuldigt fehlen und Herr Jens Timmermann (PETO-Fraktion) verspätet an der Sitzung teilnehmen wird.

Der Bürgermeister weist auf die als Tischvorlage aktualisierte Tagesordnung hin, da die Tagesordnung um die neu TOP 11, neu TOP 17 und neu TOP 18 ergänzt werden soll.

Der Rat stimmt der Erweiterung der Tagesordnung in der vorgelegten Form zu.

#### **2 Einführung und Verpflichtung des in den Rat nachgerückten Ratsherren Ulrich Anhut Vorlage: VIII/0220**

Der Bürgermeister bittet Herrn Anhut -FDP-Fraktion- nach vorne und verpflichtet ihn in feierlicher Form durch das Nachsprechen folgender Formel:

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Monheim am Rhein erfüllen werde."

Der Bürgermeister und die Ratsmitglieder gratulieren Herrn Anhut zu seiner

Verpflichtung als Ratsmitglied.

**3 Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung vom 21.08.2009 - öffentlicher Teil -**

Der Bürgermeister weist daraufhin, dass die Niederschriften der Sitzungen vom 21.08. und 10.09.2009 (Punkte 3 und 3.1) noch nicht unterschrieben wurden und deshalb heute nicht zur Kenntnis genommen werden können.

**vertagt**

**3.1 Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung vom 10.09.2009 - öffentlicher Teil -**

**vertagt**

**3.2 Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung vom 27.10.2009 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

**3.3 Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung vom 03.12.2009 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

**3.4 Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung vom 28.01.2010 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

**4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**

Herr Schirmer, der Sprecher der Bürgerinitiative gegen die Verlegung der BSA Baumberg-Ost, richtet zunächst seine Fragen in Bezug auf das Sportstättenkonzept direkt an die SPD-Fraktion. Der Bürgermeister weist den Fragesteller auf die Unzulässigkeit hin, Fragen direkt an die Fraktionen zu stellen.

Sodann stellt Herr Schirmer die Fragen an den Bürgermeister.

Die Frage von Herrn Schirmer, ob bekannt sei, dass dem jetzigen Grundstückseigentümer ein Kaufangebot eines anderen Investors zu einem weit höheren Preis vorliegen würde, beantwortet der Bürgermeister dahingehend, dass das nicht bekannt sei und er davon ausgehen, dass der Verhandlungspartner Katholische Kirche sich an die bisher geführten Verhandlungen gebunden fühle.

Auf eine weitere Frage von Herrn Schirmer, ob bekannt sei, dass der bestehende Pachtvertrages zwischen dem Grundstückseigentümer und dem Pächter bis 2017 gültig sei, entgegnet der Bürgermeister, dass die Grundstückseigentümerin Verhandlungspartner der Stadt sei und nicht mit Dritten verhandelt wurde. Eventuelle Probleme hinsichtlich der Verfügbarkeit des Grundstücks seien durch die Eigentümerin zu klären und zu lösen. Herr Schirmer gibt zu bedenken, dass eine Bebauung des Grundstückes erst nach Ablauf des Pachtvertrages denkbar oder ein längerer Rechtsstreit nicht auszuschließen sei, wenn der Pachtvertrag gekündigt werden würde.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass ein Beschluss des Kirchenvorstandes zum Verkauf der Grundstücksflächen an die Stadt vorläge. Außerdem gäbe es eine umfangreiche Palette von Handlungsmöglichkeiten, um die Bebauung voranzutreiben. Dazu gehörten u.a. das gemeindliche Vorkaufsrecht oder als letzte Möglichkeit u. U. die Einleitung eines Umlegungsverfahrens.

Weitere Fragen aus der Bürgerschaft werden nicht gestellt. Der Bürgermeister schließt die Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner.

**5 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen  
Vorlage: VIII/0191**

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**6 Beschluss über die Gültigkeit der Wahl der direkt in den Integrationsausschuss der Stadt Monheim am Rhein zu wählenden Mitglieder vom 7. Februar 2010 gemäß § 40 des Kommunalwahlgesetzes (KWahlG) in Verbindung mit § 66 der Kommunalwahlordnung (KWahlO)  
Vorlage: VIII/0203**

**Beschluss**

Die Wahl der direkt in den Integrationsausschuss der Stadt Monheim am Rhein zu wählenden Mitglieder vom 7. Februar 2010 wird gemäß § 40 Absatz 1 Buchstabe d) KWahlG für gültig erklärt.

**einstimmig zugestimmt**

**7 Bildung des Integrationsausschusses  
Wahl der Ratsmitglieder gem. § 27 Abs. 1 Satz 9 Gemeindeordnung NRW (GO NRW)  
Vorlage: VIII/0200**

Die Fraktionen schlagen ihre Mitglieder zur Wahl in den Integrationsausschuss vor:

PETO-Fraktion:

Mitglieder: Janne Oberdieck, Florian Große-Allermann

stellvertretende Mitglieder: 1. Jana Lang, 2. Lucas Risse, restliche Fraktionsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge

CDU-Fraktion:

Mitglieder: Reinhard Ockel, Günter Bosbach

stellvertretende Mitglieder: 1. Peter Werner, 2. Harald Schlee, 3. Karl König, 4. Tim Brühland

SPD-Fraktion:

Mitglied: Alaattin Bayrak

stellvertretende Mitglieder: 1. Ursula Schlößer, restliche Fraktionsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge

FDP-Fraktion:

Mitglied: Marion Prondzinsky-Kohlmetz

stellvertretendes Mitglied: Ulrich Anhut

Fraktion B90/Die Grünen:

Mitglied: Andrea Stamm

stellvertretendes Mitglied: Manfred Poell

**Beschluss**

Der Rat wählt gem. § 27 Abs. 1 Satz 9 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) i. V. m. § 50 Abs. 3 GO NRW und § 10 der Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein für die Dauer seiner Amtszeit folgende sieben Ratsmitglieder in den Integrationsausschuss:

<b>Mitglieder</b>	<b>Stellvertretungen</b>
1. Reinhard Ockel - CDU-	1. Reihenfolge siehe unten
2. Günter Bosbach - CDU -	2.
3. Janne Oberdieck - PETO -	3. Reihenfolge siehe unten
4. Florian Große-Allermann - PETO -	4.
5. Alaattin Bayrak - SPD -	5. Reihenfolge siehe unten
6. Andrea Stamm - B 90/Die Grünen -	6. Manfred Poell - B 90/Die Grünen -
7. Marion Prondzinsky-Kohlmetz - FDP -	7. Ulrich Anhut - FDP -

Stellvertretungen der CDU:

1. Werner, Peter
2. Schlee, Harald
3. König, Karl
4. Brühland, Tim

Stellvertretungen der PETO:

1. Lang, Jana
2. Risse, Lucas
3. Isensee, Stefanie
4. Köchling, Karsten



5. Oberdieck, Svenja
6. Timmermann, Jens
7. Timmermann, Sven
8. Weber, Sabine

Stellvertretungen der SPD:

1. Schlöber, Ursula
2. Geyer, Jens
3. Goller, Werner
4. Heinen, Thomas
5. Hengsberger, Wally
6. Nieswand, Helmut
7. Schumacher, Alexander

**einstimmig zugestimmt**

**Der Bürgermeister gibt die Sitzungstermine für den Integrationsausschuss bekannt, die auch in den Sitzungskalender des Ratsinformationssystems eingetragen werden.**

Mittwoch, 14. April (konstituierende Sitzung)

Dienstag, 08. Juni

Dienstag, 07. September und

Dienstag, 02. November

- 8 Public-Private-Partnership  
Wiederbestellung des Vertragsbeauftragten ("Quasigeschäftsführer")  
Vorlage: VIII/0190**

**Beschluss**

Herr Uwe Trost wird für weitere 2 Jahre zum städtischen Vertragsbeauftragten („Quasigeschäftsführer“) bestellt.

**einstimmig zugestimmt**

- 9 Satzung zur 1. Änderung der "Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"  
Vorlage: VIII/0058**

**Beschluss**

Die Satzung zur 1. Änderung der „Gebührensatzung zur Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**10 Neufassung der Entgeltordnung der Musikschule der Stadt Monheim am Rhein**

**Vorlage: VIII/0182**

**Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Neufassung der Entgeltordnung der Musikschule gemäß Anlage 1. Die Entgeltordnung ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**11 Änderung des § 6 der Entgeltordnung der Aula Berliner Ring, des Schelmenturms, der Räume der VHS und des Sojus 7**

**Vorlage: VIII/0225**

Unter Hinweis auf die im Haupt- und Finanzausschuss geführte Diskussion teilt die Sprecherin der SPD-Fraktion mit, dass ihre Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde.

**Beschluss**

Die „Entgeltordnung für die Nutzung der Aula Berliner Ring, des Schelmenturms, der Räume der VHS und des Sojus 7 vom 10.06.2008“ wird entsprechend der als Anlage beigefügten Vorlage geändert. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

**mehrheitlich zugestimmt**

**29 Ja-Stimmen (12 CDU, 11 PETO, 2 B90/Die Grünen, 2 FDP, 1 MfM, 1 BM)  
9 Nein-Stimmen (8 SPD, 1 Linke)**

**12 Kindergartenbedarfsplanung und U3-Ausbauschritte für das Kindergartenjahr 2010/11**

**Vorlage: VIII/0152**

**Beschluss**

**I. Kindergartenbedarfsplan 2010/11**

Der von der örtlichen Jugendhilfeplanung nach § 19 Abs. 3 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) erhobene Bedarf bezüglich des Angebotes der Tageseinrichtungen für Kinder in Monheim am Rhein wird wie folgt festgesetzt:

Alter	Formen	Plätze	Gruppen
2-6 Jahre	Ia	15	0,75
	Ib	103	5,15
	Ic	117	5,85
0-3 Jahre	IIc	50	5
3 Jahre und älter	IIIa	130	5,2
	IIIb	452	18,08
	IIIc	348	17,4

Insgesamt wird das Betreuungsangebot in Monheim am Rhein damit von derzeit 55,70 Gruppen auf 57,43 Gruppen im Kindergartenjahr 2010/11 erweitert.

## **II. Ausbauschritte U3 für das Kindergartenjahr 2010/11**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, 40 neue U3-Plätze für das Kindergartenjahr 2010/11 zu schaffen.
  - a) In der Kindertagesstätte Grunewaldstraße der Ev. Kirchengemeinde Monheim wird ein Modellprojekt U3-integrativ umgesetzt (Umwandlung GF IIIc in GF Ic integrativ): Ausbau von 6 U3-Plätzen, davon ein integrativer U3-Platz.
  - b) In dem Ersatzbau Villa Regenbogen wird eine GF IIIb in GF Ic umgewandelt: Ausbau von 6 U3-Plätzen
  - c) Eine neue Kindertagesstätte auf dem Gelände der ehemaligen Wilhelm Busch Schule in städtischer Trägerschaft wird voraussichtlich zum 01.01.2011 eröffnet. Es werden 42 Rechtsanspruchsplätze und 28 U3-Plätze geschaffen.
2. Das Angebot der Betreuung für Kinder unter drei Jahren wird in der Tagespflege um 10 Plätze von 60 auf 70 ausgebaut.

## **III. Familienzentren**

Die Verwaltung wird beauftragt, ein drittes Kontingent für den Mo.Ki-Verbund im Berliner Viertel zu beantragen.

## **IV. Kosten**

### **Laufende Betriebskosten/Kindpauschalen**

Für die Umsetzung der gesetzlich gebotenen U3-Planung und zur Sicherung der Rechtsanspruchsplätze wird ein Budget in Höhe von 6,306 Mio. EUR für die laufenden Zuschüsse zu den Kindpauschalen an die freien Träger im Haushaltsjahr 2010 bereit gestellt.

**einstimmig zugestimmt**

Ratsherr Jens Timmermann (PETO-Fraktion) nimmt ab 18:40 Uhr an der Sitzung teil.

**13            2. Änderung der Entgeltordnung über die Teilnahme am offenen Ganzttag;  
1. Änderungsatzung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für  
die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege  
Vorlage: VIII/0209**

Die Sprecherin der SPD-Fraktion verweist nochmals auf die bereits im Haupt- und Finanzausschuss geführte Beratung hin und erklärt, dass ihre Fraktion aus den dort genannten Gründen der Vorlage nicht zustimmen werde.

Bezüglich der Anfrage und Bedenken der Sprecherin der FDP-Fraktion bezüglich der entsprechend der Änderungsliste zum HSK zu erzielenden Einsparungen in Höhe von 30.000 EUR, wenn die OGaTa-Einrichtungen in freie Trägerschaft übergeben würden, erklärt der Bürgermeister, dass die hier zu beschließenden Änderungen der Entgeltordnung und der Elternbeitragssatzung abgetrennt von dem Sparvorschlag zu betrachten sei. Der in der Änderungsliste genannte Betrag werde heute aus dem HSK herausgenommen und die erforderliche Grundsatzentscheidung nach Aufarbeitung durch die Verwaltung, den politischen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

**Beschluss**

1.

Die 2. Änderung der Entgeltordnung der Stadt Monheim am Rhein über die Teilnahme am offenen Ganzttag (außerunterrichtliche Angebote) der städtischen Grundschulen vom 06.06.2007 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen. Die Änderung der Entgeltordnung ist als Anlage 1 beigefügt und Bestandteil des Beschlusses.

2.

Die 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in der Stadt Monheim am Rhein 06.06.2008 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen. Die Änderungsatzung ist als Anlage 2 beigefügt und Bestandteil des Beschlusses.

**mehrheitlich zugestimmt**

**29 Ja-Stimmen (12 CDU, 12 PETO, 2 B90/Die Grünen, 2 FDP, 1 BM)**

**10 Nein –Stimmen (8 SPD, 1 Linke, 1 MfM)**

**14            Einrichtung weiterer OGATA-Gruppen für das Schuljahr 2010/2011  
Vorlage: VIII/0192**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass in dem

Beschlussvorschlag der Punkt 4 gestrichen werden könne, weil die Änderung der Elternbeitragssatzung bereits in dem vorhergehenden TOP beschlossen wurde.

### **Beschluss**

1. Zum Schuljahr 2010/2011 werden, vorbehaltlich der Landesförderung und mit der Maßgabe einer kostenneutralen Umsetzung, an den Grundschulen:  
Astrid Lindgren Schule 0,5  
Lottenschule 1,0  
Winrich v. Kniprode Schule 1,0  
Alexander v. Humboldt Schule 1,0 Gu Gruppe  
insgesamt 2,5 weitere OGATA Regel-Gruppen sowie 1 OGATA GU-Gruppe (78 Plätze) auf Grundlage der bestehenden Verträge eingerichtet.
2. Die Verwaltung wird mit der Beantragung der Gruppen beim Land beauftragt.
3. Zur Ausstattung der Gruppen wird ein Budget i.H.v. 10.500 € bereitgestellt.
4. gestrichen
5. Die Verwaltung wird mit der Erstellung eines OGS-Entwicklungsplanes bis zum November 2010 beauftragt.

**einstimmig zugestimmt**

## **15 Einrichtung von Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung im Kreis Mettmann** **Vorlage: VIII/0186/1**

Nachdem Sprecher verschiedener Fraktionen zum Ausdruck gebracht haben, dass es sich bei der geplanten Einrichtung von Kompetenzzentren um sinnvolle und wünschenswerte Einrichtungen handele, richten sie ihre dringende Bitte um Zustimmung und Beteiligung an diesem Projekt an alle Monheimer Schulen.

### **Beschluss**

1. Dem gutachterlichen Vorschlag, die Leo-Lionni-Förderschule des Kreises Mettmann in Monheim zu einem Kompetenzzentrum für sonderpädagogische Förderung für den Einzugsbereich Langenfeld und Monheim auszubauen, wird gefolgt.
2. Die Comenius-Schule wird zum Schuljahr 2010/2011 im Verbund mit der Leo-Leonni-Schule als Teilstandort fortgeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen mit der Bezirksregierung und dem Kreis Mettmann abzustimmen. Die sich aus dem Abstimmungsprozess ergebenden schulorganisatorischen Maßnahmen werden dem Ausschuss in seiner nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorgelegt.

3. Unter Voraussetzung entsprechender Gremienbeschlüsse der Stadt Langenfeld, kann der Verbund um die Pestalozzi-Schule (Förderschule der Stadt Langenfeld) erweitert werden. Die Verwaltung wird in diesem Fall beauftragt, die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen mit der Stadt Langenfeld abzustimmen und die erforderlichen Maßnahmen dem Ausschuss in seiner nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

**einstimmig zugestimmt**

**16 Einführung des Gemeinsamen Unterrichts an der Hermann-Gmeiner-Schule zum Schuljahr 2010/11  
Vorlage: VIII/0178**

**Beschluss**

Der Rat stimmt der Einrichtung des Gemeinsamen Unterrichts an der städtischen Gemeinschaftsgrundschule Hermann-Gmeiner-Schule fortlaufend ab dem Schuljahr 2010/11 zu.

**einstimmig zugestimmt**

**17 Benennung der städtischen Vertreter für das Projekt "Ulla-Hahn-Haus"  
Vorlage: VIII/0238**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und weist auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss hin.

Im Anschluss wird die Sitzung auf Wunsch der Sprecherin der PETO-Fraktion für 15 Minuten (von 18:50 Uhr bis 19:05 Uhr) unterbrochen.

Nach Wiederbeginn erklärt der Bürgermeister das Wahlverfahren, das analog zu dem für die Besetzung von Gremien anzuwenden ist. Der Bürgermeister ist auf jeden Fall als Vertreter der Stadt Monheim in das Kuratorium zu benennen.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion schlägt Herrn Tim Brühland -CDU-Fraktion- als weiteres Kuratoriumsmitglied vor.

**Abstimmung über den Vorschlag Tim Brühland:**

26 Ja-Stimmen (12 CDU, 8 SPD, 2 B90/Die Grünen, 2 FDP, 1 Linke, 1 MfM)

12 Nein-Stimmen (PETO)

mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmung über den Vorschlag Florian Große-Allermann:**

12 Ja-Stimmen (PETO)

26 Nein-Stimmen (12 CDU, 8 SPD, 2 B90/Die Grünen, 2 FDP, 1 Linke, 1 MfM)  
mehrheitlich abgelehnt

**Abstimmung über den Wahlvorschlag Herr Bürgermeister Daniel Zimmermann:**

einstimmig

**Beschluss**

Als Vertreter der Stadt Monheim am Rhein im Kuratorium des Friedrich-Bödecker-Kreises NRW e. V. für das Projekt „Ulla-Hahn-Haus“ werden der Bürgermeister, Herr Daniel Zimmermann, und Herr Tim Brühland - CDU - benannt.

**einstimmig**

Der Bürgermeister hat sich an diesen Abstimmungen nicht beteiligt.

**18 Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtteil Monheim an drei Sonntagen  
Vorlage: VIII/0236**

**Beschluss**

Die beigegefügte Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtteil Monheim wird beschlossen. Die Verordnung ist Bestandteil des Beschlusses.

**mehrheitlich zugestimmt**

37 Ja –Stimmen (12 CDU, 11 PETO, 8 SPD, 2 FDP, 1 B90/Die Grünen, 1 Linke, 1 MfM, 1 BM)  
1 Nein-Stimme (PETO)  
1 Enthaltung (B90/Die Grünen)

**19 Widmung des Parkplatzes an der Alfred-Nobel-Straße  
Vorlage: VIII/0104**

Die Verwaltung erläutert, dass der Beschluss um den Satz: „Der Parkplatz wird als Gemeindestraße eingestuft.“ ergänzt werden solle. Dies diene der Klarstellung, dass der Parkplatz Teil der Gemeindestraße sei.

**Beschluss**

Der Parkplatz an der Alfred-Nobel-Straße Gemarkung Monheim, Flur 2, Flurstücke 317 und 322 wird gem. § 6 Abs. 1 des Straßen und Wegegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) vom 010.8.1983 in der zur Zeit

gültigen Fassung für den öffentlichen Verkehr gewidmet.

Der Parkplatz wird als Gemeindestraße eingestuft.

Träger der Straßenbaulast ist nach § 47 StrWG NRW die Stadt Monheim am Rhein.

Die Widmung ist gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 StrWG NRW mit Rechtsbehelfsbelehrung öffentlich bekannt zu machen.

**einstimmig zugestimmt**

20

### **Sportstättenkonzeption 2010**

**Vorlage: VIII/0187**

Der Bürgermeister weist auf den als Tischvorlage verteilten schriftlichen Antrag der Fraktion B90/Die Grünen und auf die bzgl. des Kaufpreises am Kielsgraben vorgelegte berichtigte Anlage zu der im HaFi vorgestellten Präsentation der Verwaltung hin.

Der Sprecher der CDU-Fraktion stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen, solange die Rechtslage hinsichtlich des bestehenden Pachtvertrages nicht eindeutig geklärt sei.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion erwidert als Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion, dass sie davon ausgehe, dass dem Verkäufer bewusst sein müsse, dass die Grundstücksfläche für den Bau eines Sportplatzes benötigt werde und er es in einem Zustand zu übergeben habe, dass der Kaufzweck erfüllt werden könne. Bei einem Mangel an der Sache könne jederzeit von einem Vertrag zurückgetreten werden. Sie beantragt, heute über den TOP abzustimmen.

#### **Abstimmungsergebnis über den Antrag der CDU-Fraktion:**

16 Ja-Stimmen (12 CDU, 2 FDP, 1 Linke, 1 MfM)

23 Nein-Stimmen (12 PETO, 8 SPD, 2 B90/Die Grünen, 1 BM)

**mehrheitlich abgelehnt**

Der TOP bleibt durch Mehrheitsbeschluss auf der TO und wird heute beraten.

Der Bürgermeister weist auf die den Fraktionen am heutigen Tage zugeleitete Antwortenliste hinsichtlich des Fragenkataloges der Anwohner hin und erläutert die Antworten in der Reihenfolge der von der Initiative aufgeworfenen Fragen. Er macht nochmals deutlich, dass ohne die Zustimmung des Stadtrates der Erwerb der für den Neubau der Bezirkssportanlage nicht möglich sei. Bei den bisher geführten Verhandlungen mit dem Kirchenvorstand habe es sich um Vorverhandlungen gehandelt. Die notwendige Ermächtigung ergäbe sich aus Nr. 5 der vorgelegten Beschlussempfehlung. Der Beschluss des Kirchenvorstandes zum Verkauf der Grundstücke bedürfe auch noch der Zustimmung des Erzbistums Köln.



Im Anschluss an die Ausführungen des Bürgermeisters begründet die Sprecherin der Fraktion B90/Die Grünen ihren Antrag und bittet um getrennte Abstimmung zu den Punkten 1 - 5 der Verwaltungsvorlage und der Punkte 6.1 und 6.2 ihres Antrages.

Der Bürgermeister erklärt, dass bei Umsetzung des Vorschlags, die Umkleidekabine und den Parkplatz an der vorhandenen Stelle zu belassen, ein fehlender Käuferlös in Höhe von ca. 700.000 EUR entstehen würde.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass er den Beschluss über den Geschäftsordnungsantrag anfechten wolle und beantragt, die Abstimmung über den Antrag zu wiederholen, da ihm nicht mehr das Wort erteilt worden sei, obwohl dies nach der Geschäftsordnung zulässig gewesen wäre.

Der Bürgermeister entschuldigt sich für das Versehen und erteilt ihm jetzt das Wort, um ihm Gelegenheit zu geben, den Antrag neu zu stellen und noch Gründe für den Vertagungsantrag vorzubringen. In Anbetracht des klaren Abstimmungsergebnisses bezweifle er jedoch einen anderen Ausgang über eine erneute Abstimmung.

Das Ratsmitglied der CDU-Fraktion weist auf die bestehenden Bedenken hinsichtlich der Durchführbarkeit des vorgelegten Konzeptes hin, solange die rechtlichen Fragen in Bezug auf den bestehenden Pachtvertrag nicht geklärt seien.

Auf die im Anschluss gestellte Frage des Bürgermeisters, ob erneut über die Vertagung abgestimmt werden solle, erklärt der Wortführer, dass er darauf verzichten wolle. Er nimmt die nochmalige Entschuldigung des Bürgermeisters bzgl. des Versehens zur Kenntnis.

Der Sprecher der CDU-Fraktion macht nochmals die Position seiner Fraktion hinsichtlich des Standortes der neu zu errichtenden Bezirkssportanlage hin. Der Standort Kielsgraben hätte als Verbindung der beiden Ortsteile auch einen symbolischen Charakter und besäße bei den Sportvereinen und auch einem Großteil der Bevölkerung eine große Akzeptanz.

Der Sprecher der FDP-Fraktion weist in seinen Ausführungen nochmals auf die Haltung seiner Fraktion zu dem vorgelegten Sportstättenkonzept hin. Das heute vorgelegte Sportstättenkonzept würde durch seine Fraktion mitgetragen, obwohl es nicht mehr dem ursprünglichen Konzept, das seine Fraktion mitbeschlossen habe, entspräche. Aufgrund der Argumentation des Sprechers der CDU-Fraktion spräche sich seine Fraktion für den Standort Kielsgraben für die neue Bezirkssportanlage aus.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion bringt unter Hinweis auf den abgelehnten Geschäftsordnungsantrag seine Freude zum Ausdruck, dass heute endlich über das Sportstättenkonzept abgestimmt werden könne, da dieses Projekt seit mehr als zehn Jahre in Bearbeitung und Beratung sei.

Unter Hinweis auf das seit Jahren eingeforderte Sportstättenkonzept zugunsten der Sportler und Überprüfung aller bis zuletzt vorgetragenen Aspekte, Argumente und

Vorschläge sowohl der Initiative als auch anderer Fraktionen sei sich seine Fraktion sicher, dass der richtige Standort für die Bezirkssportanlage an der Wolfhagener Straße sei. Der Verkauf und die notwendige Bebauung des städtischen Grundstücks an der Bregenzer Straße einschließlich von Teilbereichen der „alten“ Bezirkssportanlage gehe für die Finanzierung des Neubaus damit einher. Die notwendige Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplanänderungen müssten kurzfristig auf den Weg gebracht werden. Bezüglich des vorgeschlagenen Standortes Kielsgraben weist der Sprecher der SPD-Fraktion auf die erheblichen Probleme hinsichtlich der Position der Unteren Landschaftsbehörde bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes mit Nutzungsausrichtung Sportplatz am Kielsgraben hin. Der Zeitfaktor sei erheblich und es sei nicht einschätzbar, wann überhaupt an diesem Standort mit dem Sportplatzbau begonnen werden könne. Dass die Verwaltung zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Bauen und Verkehr Informationen hinsichtlich des Pachtvertrages weitergeben werde, setze er voraus. Sollte eine vertragliche Lösung nicht möglich sein, könne er sich an dieser Stelle ein Umlegungsverfahren durchaus vorstellen.

Ein Sprecher der PETO-Fraktion weist auf die zurückliegenden Diskussionen hin und dass alle Argumenten zur Genüge ausgetauscht wurden, so dass heute der Beschluss zum Sportstättenkonzept gefasst werden könne.

Der Antrag der Fraktion B90/Die Grünen würde seitens der PETO-Fraktion nicht unterstützt, da das verbleibende Grundstück zu einem späteren Zeitpunkt nur noch sehr schlecht vermarktet werden könne.

Im weiteren Verlauf der Sitzung bringen Redner aller Fraktionen nochmals die Argumente für und wider gegen den Standort der Bezirkssportanlage vor. Die weiteren Punkte des Sportstättenkonzeptes werden von allen Fraktionen mitgetragen.

Auf die aufgeworfene Frage seitens eines Redners der CDU-Fraktion führt der Bürgermeister aus, dass eine detaillierte rechtliche Einschätzung zu dem bestehenden Pachtvertrag nicht erfolgen könne. Die Grundstückseigentümerin habe bei den bisherigen Grundstücksvorverhandlungen keine negativen Äußerungen hinsichtlich der Verfügbarkeit des Grundstückes abgegeben. Unter Punkt 5 der Beschlussempfehlung solle der Verwaltung erst die Ermächtigung erteilt werden, die notwendigen Grundstücke für den Neubau der BSA zu erwerben. Die Formulierung müsse so erweitert werden, dass die Grundstücke nur "lastenfrei" erworben werden könnten.

Nachdem weitere Redner ihre Argumente vorgetragen und auf ihre Vorredner entgegnet haben, stellt ein Sprecher der CDU-Fraktion den Antrag auf getrennte namentliche Abstimmung zu den Punkten 5 und 6, da die Rechtslage nicht hinreichend geklärt sei.

Weiterhin beantragt er, dass der Punkt 6 geändert werden solle. Der letzte Satz der Beschlussvorlage, dass für den Bereich Kielsgraben keine konkreten Bebauungsabsichten bestehen, solle gestrichen werden, weil seine Fraktion in diesem Bereich Planungen anstrebe.

Der Bürgermeister weist im Verlauf der teilweise hitzig geführten Diskussion auf den notwendigen Abwägungsprozess hin, aufgrund dessen der heutige Grundsatzbeschluss über den Standort der BSA gefasst werden soll.

Nachdem weitere Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen von CDU, PETO und SPD auf die Reden ihrer Vorgänger erwidert haben, stellt ein Sprecher der PETO-Fraktion den Antrag zur Geschäftsordnung auf Beendigung der Rednerliste.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion weist auf die Geschäftsordnung hin und erklärt, dass ein Antrag zur Geschäftsordnung nur stellen dürfe, wer sich nicht an der Aussprache beteiligt habe.

Der Bürgermeister stellt fest, dass der Antragsteller sich nicht an der Diskussion beteiligt habe, und verliest die Rednerliste mit den noch vorliegenden Wortmeldungen. Er lässt über den Geschäftsordnungsantrag auf Schließung der Rednerliste abstimmen.

### **Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag: einstimmig**

Die Redner von den Fraktionen B90/Die Grünen, CDU und FDP tragen noch ihre Wortmeldungen vor.

Danach weist der Bürgermeister auf die verschiedenen im Verlauf der Aussprache gestellten Anträge hin, die zur Abstimmung stünden.

Zunächst soll über die unstrittigen Punkte 1 -4 der Beschlussvorlage, dann über den weitestgehend Antrag der CDU-Fraktion zu den Punkten 5 und 6, dann über den Antrag der Fraktion B90/Die Grünen zu Punkt 6 und danach über die Punkte 5 (mit Ergänzung) und 6 der Verwaltungsvorlage abgestimmt werden.

### **Antrag der CDU-Fraktion:**

5. „Die Verwaltung wird ermächtigt, die für den Neubau der Bezirkssportanlage "Am Kielsgraben" benötigten Grundstücke zu erwerben.“
6. „Im Rahmen der planungsrechtlichen Weiterentwicklung soll der Grünzug "Kielsgraben" Reserven für eine weitere Großsportanlage beinhalten."  
Der letzte Satz der Verwaltungsvorlage entfällt.

### **namentliche Abstimmung zum Antrag der CDU-Fraktion:**

**15 Ja-Stimmen:** CDU-Fraktion - Bosbach, Brühland, Göbel, Goldmann, Gronauer, Hackel, Helpenstell, König, Kosmala, Ockel, Schlee, Werner; FDP-Fraktion - Anhut, Prondzinsky-Kohlmetz; Die Linke - Kenzler

**24 Nein-Stimmen:** PETO-Fraktion - Große-Allermann, Isensee, Köchling, Lang, Janne Oberdieck, Svenja Oberdieck, Lisa Riedel, Max Riedel, Risse, Jens Timmermann, Sven Timmermann, Weber; SPD-Fraktion - Bayrak, Geyer, Goller, Heinen, Hengsberger, Nieswand, Schlößer, Schumacher; B90/Die Grünen - Poell, Stamm; Menschen für Monheim - Friedrich; BM Zimmermann

### **Antrag mehrheitlich abgelehnt**

### **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

- 6.1 „Die Umkleiden und der Parkplatz der alten Bezirkssportanlage bleiben bis auf weiteres erhalten und werden für die neue Anlage genutzt.“
- 6.2 „Im Rahmen der planungsrechtlichen Weiterentwicklung soll der Bereich „Wolfhagener Straße/Hasholzer Grund“ Reserven für eine weitere Großsportanlage beinhalten, der Bereich „Kielsgraben“ soll Reserven für Freianlagen erhalten.“

### **Abstimmung über den Antrag der Fraktion B90/Die Grünen:**

2 Ja-Stimmen (B90/Die Grünen)

37 Nein-Stimmen (12 CDU, 12 PETO, 8 SPD, 2 FDP, 1 Linke, 1 MfM, 1 BM)

### **Antrag mehrheitlich abgelehnt**

### **Beschluss**

1. Der Maßnahmen- und Zeitplan der Sportstättenkonzeption (Anlage 1) wird so - wie dort vorgeschlagen - umgesetzt.
2. Die Erlöse aus dem Grundstücksverkauf „Bezirkssportanlage Baumberg“ und der diese umgebenden städtischen Grundstücke werden zur Deckung der Sanierungs- und Neubaumaßnahmen der Sportanlagen der Stadt Monheim am Rhein herangezogen siehe Planskizze, Anlage3.
3. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind unter Berücksichtigung der Zeitplanung in den Haushalten 2010 ff zu veranschlagen. Vor Umsetzung der einzelnen Maßnahmen ist die Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses erforderlich.

Die Finanzierung der für die Jahre 2010 und 2011 vorgeschlagenen Maßnahmen erfolgt aus Grundstückserlösen (s.o.) und den Infrastrukturmitteln des Konjunkturpaketes II.

4. Die zum Verkauf anstehenden Grundstücksflächen werden planungsrechtlich so weit wie möglich für Wohnbauzwecke weiterentwickelt.
5. *Die Verwaltung wird ermächtigt, die für den Neubau der Bezirkssportanlage an der Wolfhagener Straße benötigten Grundstücke lastenfrei zu erwerben.*
6. Im Rahmen der planungsrechtlichen Weiterentwicklung soll der Grünzug „Kielsgraben“ Reserven für Großsportanlagen (Freianlagen) beinhalten. Konkrete Bebauungsabsichten bestehen nicht.

### **Abstimmung zu den Punkten 1 - 4: einstimmig**

### **namentliche Abstimmung zu Punkt 5 mit Ergänzung:**

**24 Ja-Stimmen:** PETO-Fraktion - Große-Allermann, Isensee, Köchling, Lang, Janne Oberdieck, Svenja Oberdieck, Lisa Riedel, Max Riedel, Risse, Jens

Timmermann, Sven Timmermann, Weber; SPD-Fraktion - Bayrak, Geyer, Goller, Heinen, Hengsberger, Nieswand, Schlößer, Schumacher; B90/Die Grünen - Poell, Stamm; Menschen für Monheim - Friedrich; BM Zimmermann

**15 Nein-Stimmen:** CDU-Fraktion - Bosbach, Brühland, Göbel, Goldmann, Gronauer, Hackel, Helpenstell, König, Kosmala, Ockel, Schlee, Werner; FDP-Fraktion - Anhut, Prondzinsky-Kohlmetz; Die Linke – Kenzler

**mehrheitlich angenommen**

Die Nachfrage des Bürgermeisters zur namentlichen Abstimmung über Punkt 6 wurde seitens der CDU-Fraktion verneint.

**Abstimmung zu Punkt 6 der Verwaltungsvorlage:**

22 Ja-Stimmen (12 PETO, 8 SPD, 1 MfM, 1 BM)

15 Nein-Stimmen (12 CDU, 2 B90/Die Grünen, 1 Linke)

2 Enthaltungen (FDP)

**mehrheitlich angenommen**

Abschließend stellt der Bürgermeister fest, dass die Ziffern, 1 – 4 und 6 und die Ziffer 5 mit Ergänzung der Verwaltungsvorlage mehrheitlich angenommen wurden.

Die Sitzung wird für 20 Minuten (von 20:55 Uhr bis 21:15 Uhr) für eine Pause unterbrochen.

**21 Hebesatzsatzung für die Grund- und Gewerbesteuer im Haushaltsjahr 2010  
Vorlage: VIII/0210**

Der Sprecher der FDP-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion gegen diese Vorlage stimmen werde. Die Begründung ergäbe sich aus der im späteren Verlauf der Sitzung vorgetragenen Haushaltsrede.

**Beschluss**

Die Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

**mehrheitlich zugestimmt**

37 Ja-Stimmen (12 CDU, 12 PETO, 8 SPD, 2 B90/Die Grünen, 1 Linke, 1 MfM, 1 BM)

2 Nein-Stimmen (FDP)

**22 Fortschreibung des Sollstellenplans  
Vorlage: VIII/0204/1**

Der Rat hat keine Einwände gegen die gleichzeitige Beratung der Tagesordnungspunkte 22 und 23. Eine nichtöffentliche Beratung bzw. Aussprache wird nicht für erforderlich gehalten.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion beantragt, dass eine halbe Stelle im Bereich 41 Bildung und Kultur entsprechend den Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes in den nächsten 12 Monaten nicht wiederbesetzt werden solle.

Die Verwaltung erklärt, dass die gesetzlichen Regelungen des Nothaushaltsrechtes selbstverständlich eingehalten würden, dies ergäbe sich schon aus der personalwirtschaftlichen Konzeption.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion erklärt, dass durch sie durch die Beantwortung ihren Antrag als erledigt betrachte.

### **Beschluss**

Der zurzeit gültige Sollstellenplan wird entsprechend der unter II. dargestellten Tabelle für den Planungszeitraum 2010 – 2013 fortgeschrieben. Hierbei sind die Maßnahmen aus der noch zu entwickelnden Personalwirtschaftlichen Konzeption des Haushaltssicherungskonzeptes zu berücksichtigen.

**einstimmig zugestimmt**

## **23 Stellenplan 2010 Vorlage: VIII/0180/1**

### **Beschluss**

Der Stellenplan 2010 wird in der von der Verwaltung eingebrachten Form, die sich aus der beigefügten Anlage ergibt, beschlossen.

**einstimmig zugestimmt**

## **24 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010 Vorlage: VIII/0215/1**

Der Rat hat keine Einwände gegen die gleichzeitige Beratung der Tagesordnungspunkte 24 und 25.

Es besteht zudem Einvernehmen darüber, dass zunächst über die noch offenen Punkte der Änderungsliste beraten werden soll, bevor die Fraktionsvorsitzenden ihre Haushaltsreden halten.

Die Verwaltung schlägt vor, den unter Produkt 51.02 vorgeschlagenen Konsolidierungsvorschlag i.H.v. 30.000 € aus der Maßnahmenliste zu streichen. Die Verwaltung solle beauftragt werden, ein Konzept zu erarbeiten und in den Fachausschüssen zur Beratung vorzulegen. Nur wenn diesem Konzept zugestimmt würde, solle dann frühestens zum Halbjahreswechsel des Schuljahres 2010/2011 die Maßnahme zum Zuge kommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten und den zuständigen

Fachausschüssen zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmung: einstimmig**

Der Bürgermeister teilt mit, dass die im Haushaltssicherungskonzept auf den Seiten 26, 27 und 28 aufgeführten Maßnahmen bereits im Rahmen der Änderungsliste im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten wurden.

Eine Aussprache seitens des Rates wird hierzu nicht mehr gewünscht.

Die unter Ziffer 7.3 auf den Seiten 34 - 36 des Haushaltssicherungskonzeptes aufgeführten strategischen Konzeptentwicklungen wurden in den Fachausschüssen, allerdings nicht im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten.

Die Punkte werden einzeln aufgerufen.

**Abstimmung zu der Maßnahme Bereich 40: einstimmig**

**Maßnahme Bereich 51:**

Bezüglich des geplanten strategischen Konzeptes eines Rückführungsmanagements erklärt die Sprecherin der SPD-Fraktion, dass auf aus sachlichen Gründen angezeigten Heimunterbringungen aus Kostengründen nicht verzichtet werden dürfe.

Die Verwaltung erklärt, dass die Hilfen zur Erziehung in jedem Fall weiter geleistet würden, wenn sie zum Wohle des Kindes erforderlich seien.

Die Sprecherin der Fraktion B90/Die Grünen regt an, bei der konzeptionellen Ausgestaltung des Rückführungsmanagements und der Installation einer erforderlichen Stelle, auf bestehende Betreuer bzw. Mitarbeiter zurückzugreifen, denen die Gegebenheiten vertraut und Strukturen geläufig sind.

Die Verwaltung teilt erläuternd mit, dass die Konzeption zu gegebener Zeit im Fachausschuss noch zur Beratung vorgelegt werde und dass eine entsprechende Stelle im Stellenplan auch noch nicht ausgewiesen worden sei.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass es sich bei den vorgestellten strategischen Konzeptentwicklungen noch nicht um konkrete Maßnahmen handle, sondern dass der Rat mit seiner heutigen Zustimmung die Verwaltung beauftrage, entsprechende Konzepte zu entwickeln und ggf. in den Fachausschüssen vorzulegen.

**Abstimmung zu der Maßnahme Bereich 51: einstimmig**

**Maßnahme Bereich 61:**

Die Sprecherin der FDP-Fraktion weist auf die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss hin. Es gäbe einen Anträge ihrer Fraktion und der CDU-Fraktion, das zu erstellende Konzept zum Freiziehen der Unterkünfte auf die Unterkünfte Danziger Straße und Niederstraße auszuweiten

Der Bürgermeister stellt fest, dass die Verwaltung beauftragt wird, das entsprechende "erweiterte" Konzept zu entwickeln.

**Abstimmung zu der erweiterten Maßnahme Bereich 61: einstimmig**

### **Maßnahmen Bereich 60:**

Wortmeldungen zu den Ziffern 1, 2 und 4 liegen nicht vor.

Maßnahme zu **Ziffer 3** - Kosten für die Deichunterhaltung:

Sowohl die Sprecherin der PETO-Fraktion als auch der Sprecher der FDP-Fraktion erklären, dass ihre Fraktionen einer "Deichsatzung", d.h. Umlegung der jährlichen Unterhaltungskosten für den Rheindeich, nicht zustimmen würden.

Wortmeldungen, die sich für die Beibehaltung dieser Maßnahme im Haushaltssicherungskonzept aussprechen, liegen nicht vor.

### **Abstimmung zu den Maßnahmen Bereich 60, Ziffer 1, 2 und 4 und Streichung der Ziffer 3: einstimmig**

Der Kämmerer erläutert die Anlage 8.2 zum HSK, die als Tischvorlage vorgelegt wurde. Es handele sich über die Übersicht der Ermächtigungsübertragungen nach 2010 über die der Rat als Anlage zum Haushaltssicherungskonzept zu beschließen habe. Bei den aufgeführten Haushaltspositionen seien die Maßnahmen im Jahre 2009 noch nicht fertig gestellt und die Mittel nicht verausgabt worden. Die zu übertragenden Haushaltsreste i.H.v. ca. 3,691 Mio. EUR würden für die Fertigstellung der Investitionsmaßnahmen in 2010 benötigt.

Im Anschluss erteilt der Bürgermeister in nachfolgend aufgeführter Reihenfolge den Fraktionsvorsitzenden das Wort, um ihre Haushaltsreden vorzutragen.

1. Herr Tim Brühland - CDU-Fraktion
2. Frau Lisa Riedel - PETO-Fraktion
3. Frau Ursula Schlößer - SPD-Fraktion
4. Frau Andrea Stamm -Fraktion B90/Die Grünen
5. Herr Ulrich Anhut als Stellvertreter für Frau Dr. Doris Schröder-Weber - FDP-Fraktion

Die Haushaltsreden sind dieser Niederschrift als Anlagen beigelegt.

### **Beschluss**

Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2010 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er

- a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
- b) aufgrund von Empfehlungen der Fachausschüsse oder
- c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung

beschlossen hat - sowie eigener Änderungen - angenommen.

Die Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2010 wird mit folgender Fassung beschlossen:

Aufgrund der §§ 78 ff der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2008 (GV. NRW. S. 514), hat der Rat der Stadt Monheim am Rhein mit Beschluss vom 23.03.2010 folgende Haushaltssatzung erlassen:



## § 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2010, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	76.940.880 EUR
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	97.149.750 EUR

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	72.954.670 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	87.156.220 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	7.866.000 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	7.866.000 EUR

festgesetzt.

## § 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf

290.000 EUR

festgesetzt.

## § 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

3.890.000 EUR

festgesetzt.

## § 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf

0 EUR

und

die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf

20.208.870 EUR

festgesetzt.

## § 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

75.000.000 EUR

festgesetzt.

Nachrichtlich:

## § 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** sind für das Haushaltsjahr 2010 wie folgt festgesetzt worden:

1.	<b>Grundsteuer</b>	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	380 v. H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	435 v. H.
2.	<b>Gewerbsteuer</b> nach dem Gewerbeertrag	435 v. H.

## § 7

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2018 wieder hergestellt. Die dafür im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

## § 8

- (1) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates nach § 83 der Gemeindeordnung NW, wenn sie im Einzelfall 25.000 € überschreiten und ihnen keine zur Deckung dieser Ausgaben zweckgebundenen Erträge und Einzahlungen gegenüberstehen. Buchungen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten bleiben hiervon unberührt.
- (2) Die Bewirtschaftung der Auszahlungen aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit sowie die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Stadtkämmerers erfolgen. Die Erläuterungen zum Haushaltsplan sind dabei zu beachten. Über Änderungen des Verwendungszweckes im Rahmen der Unabweisbarkeit entscheidet bis 10.000 € der Stadtkämmerer, darüber hinaus der Haupt- und Finanzausschuss.
- (3) Die Wertgrenze gemäß § 14 Abs. 1 GemHVO, ab der unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich die für die Gemeinde wirtschaftlichste Lösung ermittelt werden soll, wird auf 400.000 € festgesetzt.
- (4) Auf den im Stellenplan ausgewiesenen Beamtenstellen können Tarifbeschäftigte und auf den im Stellenplan ausgewiesenen Stellen für Tarifbeschäftigte können Beamte beschäftigt werden.
- (5) Die Aufwendungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sind innerhalb der Produkte für die einzelnen Bereiche als übertragbar und gegenseitig deckungsfähig anzusehen.

Die in der Anlage 2 aufgeführten Änderungen der mittelfristigen Planung (2011-2013) für den Teilfinanzplan B werden beschlossen. Anlage 2 wird Bestandteil dieses Beschlusses.

**mehrheitlich zugestimmt**

36 Ja-Stimmen (12 CDU, 12 PETO, 8 SPD, 2 B90/Die Grünen, 1 MfM, 1 BM)  
3 Nein-Stimmen (2 FDP, 1 Linke)

**25 Haushaltssicherungskonzept 2010 ff.  
Vorlage: VIII/0216**

Die Beratung erfolgt zusammen mit Tagesordnungspunkt 24.

**Beschluss**

Das als Anlage beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2010 ff. für die Planungsjahre 2010-2018 wird mit den dort genannten Maßnahmen beschlossen.

**mehrheitlich zugestimmt**

34 Ja-Stimmen (12 PETO, 10 CDU, 8 SPD, 2 B90/Die Grünen, 1 MfM, 1 BM)  
1 Nein-Stimme (Linke)  
4 Enthaltungen (2 CDU, 2 FDP)

Unter Hinweis auf die fortgeschrittene Zeit fragt der Bürgermeister nach, ob die Tagesordnung wie geplant abgearbeitet oder zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt werden soll.

Er weist allerdings auf die unbedingte Notwendigkeit der Beratung und Beschlussfassung von Tagesordnungspunkten im nichtöffentlichen Teil hin.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Sitzung zu vertagen. Aufgrund des Hinweises des Bürgermeisters bzgl. des dringenden Beratungsbedarfs im nichtöffentlichen Teil stellt sie alternativ den Antrag, diese Tagesordnungspunkte noch vorzuziehen und dann die Sitzung zu unterbrechen.

Der Bürgermeister bittet darum, dann auch noch den TOP 26 "Nachwahlen für Ausschüsse und Gremien" zu beraten. Es geht um die Nachbesetzung für das ausgeschiedene Ratsmitglied Frau Helga Blum der FDP-Fraktion.

Gegen die vorgeschlagene neue Beratungsfolge erheben sich keine Einwände.

**26 Nachwahlen für Ausschüsse und Gremien  
Vorlage: VIII/0222**

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass in der Anlage bei der Besetzung des Beirates der Volkshochschule eine Änderung vorzunehmen ist. Anstelle von Ratsherrn Ulrich Anhut soll Ratsfrau Marion Prondzinsky-Kohlmetz als stellvertretendes Beiratsmitglied bestimmt werden.

### **Beschluss**

Die Neubesetzung der Ausschüsse und Gremien wird wie in der als Anlage beigefügten (geänderten) Form beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

**einstimmig zugestimmt**

Entgegen der Feststellung des Bürgermeisters, die noch offenen Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils auf den Fortsetzungstermin am 15.04.2010 zu vertagen, ist der Rat einhellig der Auffassung, die Beratungen in der nächsten regulären Sitzung des Rates am 20.05.2010 vorzunehmen.

Der Bürgermeister verweist auf TOP 27 und die in den Anträgen der Fraktionen von CDU und PETO enthaltenen Prüfaufträge an die Verwaltung und schlägt vor, die Verweisung der Anträge zur Beratung in die Fachausschüsse bereits heute zu beschließen.

- 27      Antrag der CDU-Fraktion bzgl. der Einführung einer Ehrenamtskarte und einer Familienkarte  
und Antrag der PETO-Fraktion  
Vorlage: VIII/0217**

### **Beschluss**

Der Rat verweist die Anträge der CDU-Fraktion und der PETO-Fraktion zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse.

**einstimmig zugestimmt**

Unter Hinweis auf die beschlossene Änderung der Tagesordnung werden die folgenden Tagesordnungspunkte vertagt.

- 28      Antrag der CDU-Fraktion zukünftig bei Ausschreibungen und Beschaffungen nur Produkte und Dienstleistungen zu berücksichtigen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden  
Vorlage: VIII/0219**

**vertagt**

- 29      Antrag der PETO-Fraktion zum Erhalt des kommunalen Kinos  
Vorlage: VIII/0223**

**Vertagt**

- 30      Mündliche Mitteilungen**

**vertagt**

## **31 Mündliche Anfragen**

### **vertagt**

Der Bürgermeister schließt um 23:10 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den noch anwesenden Besuchern und Pressevertretern.

---

Daniel Zimmermann  
Bürgermeister

---

Beate Hellingrath  
Schriftführerin

#### Anlagen:

Haushaltsrede der Fraktionsvorsitzenden der  
CDU-Fraktion  
PETO-Fraktion  
SPD-Fraktion  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
FDP-Fraktion